

Inserate

werden angenommen in Bojen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Dr. Ad. Jälich, Hoflieferant, Dr. Berber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Reichel, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: F. Machfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Bojen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Inserate

werden angenommen in den Städten der Provinz Bojen, bei unseren Agenturen ferner bei den Annoncen-Expeditionen Kund. Hoffe, Saalenheim & Fogler A.-G., G. L. Danke & Co., Invalidentank.

Verantwortlich für den Inseratenthell: J. Klugkist in Bojen.

Nr. 705

Sonnabend, 8. Oktober.

1892

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, am Sonntag und Festtage folgen den Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonntagen und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M., für die Stadt Posen, 5,45 M., für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Volkshäuser des deutschen Reichs an.

Inserate, die schmalste Zeilbreite über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm., angenommen.

Politische Uebersicht.

Posen, 8. Oktober.

In der Fortsetzung ihrer Polemik gegen die unpopulären militärischen Betrachtungen der „Kreuztg.“ verwahrt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Reichsregierung gegen die Aeußerung, daß man den Konservativen zumuthe, einen Schatz preiszugeben, den viele derselben für zu theuer erachteten, um ihn als politische Waare betrachten zu lassen.

Wir wären, sagt sie, gespannt zu wissen, auf welchem Gebiet die Vortheile liegen sollten, welche die Regierung wünschen könnte, durch die Konzeßion der zweijährigen Dienstzeit für sich einzukaufen. Und dann: Glaubt der Verfasser in der That, daß in einer Aktion von so tiefgehender militärischer Bedeutung, in der auch die ersten Schritte nicht ohne Billigung des Allerhöchsten Kriegsherrn gethan sein können, ein Verschachern militärischer Werthe gegen parlamentarische Kaufpreise möglich wäre?

Die Durchführung der Pläne der Regierung setzt eine erhebliche Vermehrung der Zahl der Offiziere und Unteroffiziere voraus. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt, es sei nicht nöthig, einen Theil des Lieutenantsdienstes „auf die Schultern erfahrener, besser dotirter vielleicht noch über die Feldwebel und Wachtmeister gehobener Unteroffiziere“ zu übertragen. Sie „vermuthet“, daß der Kriegsminister ohne solche Mittel auskommen werde und sich auch Wege finden lassen, zahlreiche und tüchtige Unteroffiziere „wenn auch nicht ohne Mehrkosten“ zu gewinnen. Endlich „vermuthet“ sie, daß der Reichskanzler in der Lage sein werde, seiner Zeit nachzuweisen, daß er durch die Militärvorlage nicht im Widerspruch mit seiner Aeußerung über die rage des nombres komme. (Vergl. hierzu auch den unten folgenden Brief unseres Berliner — Korrespondenten.)

Die Wahl Zelles zum Oberbürgermeister von Berlin hat bereits, wie schon gemeldet, die Bestätigung des Königs erhalten. Der König selbst hat sie Zelle gestern Morgen in einem Telegramm mitgetheilt, das u. a. der Ueberzeugung Ausdruck giebt, die Wahl hätte keinen Besseren und Geeigneteren treffen können. Hierdurch haben sich alle die seit Monaten verbreiteten Gerüchte von Aeußerungen des Kaisers, er würde keinen Freisinnigen zum Oberbürgermeister bestätigen, als grundlos herausgestellt; selbstam ist es nur, daß sie überhaupt entstehen und sich so lange erhalten konnten. Da die Wahl erst am Donnerstag voriger Woche stattgefunden hat, so ist die Bestätigung mit einer außergewöhnlich großen Schnelligkeit erfolgt und auch damit der Nachweis geliefert, daß an keiner Stelle eine Verjaugung der Bestätigung ins Auge gefaßt worden ist. Wöllig unverständlich sind unter diesen Verhältnissen die Versuche des Oberpräsidenten v. Achenbach, die Berliner Stadtverordneten-Versammlung von der Wahl Zelles abzuhalten, und seine Empfehlung anderer Kandidaten. Eine Aufklärung über die Gründe, die Herrn v. Achenbach zu seinem Vorgehen veranlaßt haben, wird man wohl kaum erhalten. Die Berliner Stadtverordneten sind früher, als sie erwarten konnten, vor die Wahl eines zweiten Bürgermeisters gestellt; ehe sie stattfinden kann, wird immerhin noch längere Zeit vergehen, da erst nach der Einführung Zelles Beschluß über die Höhe des Gehalts seines Nachfolgers gefaßt und dessen Genehmigung durch den Oberpräsidenten eingeholt werden kann und erst, wenn diese Formalitäten erledigt sind, eine Entscheidung darüber, ob öffentlich zur Bewerbung um die erledigte Stelle aufgefordert werden soll oder nicht, gefaßt werden wird.

Im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg ist, wie schon mitgetheilt, der Landtags-Abgeordnete, Gutsbesitzer Drawe-Saskoczin, als freisinniger Kandidat in Aussicht genommen. In einem Flugblatt erklärt das nationalliberale Wahlkomitee des Wahlkreises Arnswalde-Friedeberg, daß es keiner Bevormundung durch die Parteileitung bedürfe, eine Verständigung mit den Freisinnigen ablehne und ohne „die Berliner“ um Rath zu fragen, beschlossen habe, für sich allein einen Kandidaten aufzustellen. „Car tel est notre plaisir“, schließt die Kundgebung. Das „Bergnügen“ wird also, wenn es nach dem Wunsche des Komitees geht, seinen Abschluß wohl darin finden sollen, daß der konservative oder der antisemitische Kandidat gewählt wird.

Es ist in Konstantinopel viel in diplomatischen und amtlichen Kreisen die Rede, daß der Sultan beabsichtige, eine Kommission nach Armenien zu senden zur Untersuchung der dort angeblich herrschenden Mißstände auf dem Gebiete der Verwaltung und in Folge der Unbotmäßigkeit der Kurden. Dieser letztere Umstand soll auch die Verstärkung der dortigen Garnisonen im Gefolge haben. Nusret Pascha, gegenwärtig in Bagdad und mit den Verhältnissen in den von Armeniern bewohnten kleinasiatischen Gebieten vertraut, im Uebrigen ein Mann, dem manches Gute nachgesagt wird, soll jene Kommission leiten. Es handelt sich hier, wie gesagt, um ein von ernstesten Leuten geglaubtes Gerücht: es mag heute

wahr sein, ohne daß es deshalb in einer Woche noch Werth zu haben braucht. Man fügt hinzu, der türkische Botschafter in London, Rustem Pascha, habe die Nachricht hierher gelangen lassen, Gladstone, dem es augenblicklich nicht passe, die großen Fragen zu eingehender Erörterung zu bringen, wie die irische oder ägyptische, würde Anlaß nehmen, seine erwartungsvollen Anhänger von der armenischen zu unterhalten, die ja bis zu einem gewissen Grade sein Werk ist. Das bekunde Fleiß sowie Prinzipientreue und könne nicht viel schaden. Die Pforte, meint der Botschafter, würde gut thun, da irgendwie zuzukommen. Sie würde in der That gut thun, aber es müßte auch in ernster Form geschehen. Wenns die „Kommissionen“ allein thäten, dann wäre die Türkei ein Musterland, von dem alle übrigen Länder, einschließlich Großbritannien, lernen könnten. Daß die „armenische Frage“ über kurz oder lang, wahrscheinlich das erstere, wieder zu lauter Besprechung gelangen wird, darf wohl kaum einem Zweifel unterliegen. Nicht nur in englischen, auch in französischen Blättern findet man gelegentlich darauf hindeutende Anzeichen. Lebhaft interessiert hat das vor kurzem erschienene Buch Arménie Kurdistan et Mésopotamie des französischen Lieutenants Grafen Cholet vom 76. Infanterieregiment, in dem der junge aber scharfe Beobachter und sehr gewandte Schriftsteller von den Zuständen in Armenien und Kurdistan ein sehr abstoßendes Bild entwirft. Auch die Russen kommen dabei sehr schlecht weg. Da Graf Cholet sich als warmen Freund der Türkei einführt und an seiner Freundschaft für Rußland von Haus aus nicht zu zweifeln ist, so darf man mit Recht an die Wahrheit der Schilderungen glauben.

Deutschland.

Berlin, 7. Okt. Aus den Erwiderungsartikeln der „N. A. Z.“ auf die Artikelreihe der „Kreuztg.“ für die dreijährige Dienstzeit erfährt man Einiges über den Inhalt, genauer gesagt über die Richtung der Militärvorlage. Der heutige hochoffizielle Leitartikel der „N. A. Z.“ stellt zunächst fest, daß die Regierung in der Vorlage eine Beantwortung der Frage geben wird, wie der erhöhte Bedarf an Ausbildungspersonal gedeckt werden soll. Die Beforgnis der „Kreuztg.“, als ob der jetzige Charakter unseres Offizierkorps durch gefährliche Neuerungen verändert werden könnte, wird sodann zu zerstreuen gesucht. Nach der „N. A. Z.“ ist es nicht einmal in Frage gekommen, ob nicht etwa zur Entlastung der Offiziere der unteren Chargen ein Theil des Lieutenantsdienstes auf die Schultern erfahrener, besser dotirter, vielleicht noch über die Feldwebel und Wachtmeister gehobener Unteroffiziere übertragen werden könnte. Die Militärvorlage hat die Schwierigkeiten, die sich hier aufstun, überwunden, so versichert die „N. A. Z.“, ohne daß auf das geschilderte oder ähnliche Projekte eingegangen zu werden brauchte. Ebenso soll die Schwierigkeit der Gewinnung zahlreicher und tüchtiger Unteroffiziere überwunden worden sein, wobei wir allerdings belehrt werden, daß dies „nicht ohne Mehrkosten“ geschehen werde. Besonders neugierig darf man darauf sein, wie der Reichskanzler nachweisen will, daß die Befürchtung der „Kreuztg.“ unbegründet sei, er, der Kanzler, könnte durch den Gesekentwurf in Widerspruch mit seiner Aeußerung über die Zahlenwuth kommen. Gesagt bleibt doch einmal gesagt, und keine noch so geschickte Auslegung könnte den Eindruck jener berühmten Caprivi-Rede wieder verwischen. Etwas Aehnliches ist nur noch einmal dagewesen, als nämlich der Kultusminister v. Gögler ein Sperrgeldergesetz empfahl, welches das gerade Gegentheil eines im Jahre zuvor eingebrachten Gesetzes war. Auch er vermaß sich, nachzuweisen, daß er ganz im Einklange mit sich selber geblieben sei; aber es war auch darnach. Das Kapitel von der „Zahlenwuth“ ist nicht das einzige, bei dem der Caprivi von früher gegen den Caprivi von heute mit Nutzen wird verwerthet werden können, und die „Kreuztg.“ giebt ja schon ein Beispiel dafür, daß dies angeht, indem sie den Reichskanzler durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ zum Sprechen hat bringen können.

Berlin, 7. Okt. Die außerordentlich herzliche Sprache des Kaisers gegenüber dem Oberbürgermeister Zelle berührt hier, wie selbstverständlich, um so wohlthuernder, als die Behauptungen vorangegangen waren, daß die Bestätigung der Wahl auf Schwierigkeiten stoßen könnte. Das Bestätigungstelegramm des Kaisers bekundet einen gar nicht zu übertreffenden Einklang des Monarchen mit der Wahl und dem Erwählten, von dem der Kaiser die Ueberzeugung ausspricht, daß er der Beste und Geeignteste sei. Besonders bemerkt werden die Worte, wonach der Kaiser hofft, mit dem neuen Oberbürgermeister zusammen manches schöne Werk zur

Verschönerung Berlins und zu seiner Fortentwicklung durchzuführen. Unwillkürlich denkt man dabei an die Schloßplatzprojekte, und man erinnert sich, daß Herr Zelle durchaus nicht mit der Festigkeit wie die Mehrheit der Stadtverordneten gegen die vielberufenen Kunzeschen Pläne aufgetreten war, Manches an ihnen sogar billigte. Vorher schon war im Abgeordnetenhaus bei der Berathung der Position für den Domabau durch die Indiskretion eines konservativen Abgeordneten bekannt geworden, daß Herr Zelle gesagt haben sollte, er würde nicht bloß zehn sondern auch zwanzig und mehr Millionen für den Dom bewilligen, da ihm die Verschönerung seiner Vaterstadt sehr am Herzen liege. Nach der Form, in der die Bestätigung Zelles erfolgt ist, wird man gespannt sein dürfen auf die Wahl des zweiten Bürgermeisters, dessen Stelle nunmehr frei wird. Die Bemühungen eines Bruchtheils der Stadtverordneten, für diesen Posten den Landrath Stubenrauch zu gewinnen, werden jetzt voraussichtlich mit größerem Nachdruck aufgenommen werden. — Wir haben schon gegenüber Börsengerüchten betont, daß von einem Abbruch der deutsch-russischen Zollverhandlungen nicht gesprochen werden dürfe. Unsere bezügliche Bemerkung gründete sich auf Mittheilungen von namhafter politischer Seite. Jetzt finden wir eine Bestätigung unserer Darstellung in der bemerkenswerth freundlichen Art, womit die „N. A. Z.“ von einem Artikel des Petersburger „Herold“ über die Zollverhandlungen Notiz nimmt. Das russische Blatt darf allerdings nicht in demselben Grade wie die dortige „Börsenzeitung“ als offizios gelten, aber Inhalt und Form des bisher hier nur bruchstückweise bekannten Artikels und namentlich seine Aufnahme in der „N. A. Z.“ lassen keinen Zweifel, daß man es mit einer inspirirten Kundgebung zu thun hat. Der „Herold“ hofft den besten Erfolg von den Verhandlungen, er betont die erspriechliche Herstellung guter Beziehungen „beider auf einander angewiesenen Nachbarländer“, und er bezeichnet in leichten Umrissen schon einige der Zustände, zu denen sich die russische Regierung wird verstehen wollen. Natürlich ist damit noch kein Erfolg verbürgt, aber man ist berechtigt, zu sagen, daß die russische Regierung diese Verhandlungen wirklich ernst nimmt und unter eigenen Opfern solche von unserer Seite herauszuschlagen will.

Die „Post“ schreibt: Wenn mehrseitig von bevorstehenden Unterhandlungen des Kaisers mit dem Herzog von Cumberland in Wien die Rede ist, so sind wir in der Lage, alle bezüglichen Nachrichten als nicht zutreffend zu erklären. Der Kaiser geht nach Wien als Privatmann und nicht um Staatsgeschäfte zu treiben.

Der Bundesrath nahm am 6. d. M. seine Plenarsitzungen wieder auf. Der Antrag Bayerns, betr. die Abänderung des Zollverwaltungsstatuts und die Vorlage wegen Abänderung der in der Verkehrsordnung enthaltenen Bestimmungen über die Beschaffenheit des Papiers zu Eisenbahn-Frachtbriefen wurden, ersterer den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen, letztere den Ausschüssen für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Handel und Verkehr zur Vorberathung übergeben. Mit der bereits erfolgten Ueberweisung nachstehender Vorlagen: der Anträge Preußens, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der Militär-Pensionsgesetze vom 27. Juni 1871 und vom 4. April 1874, und, betreffend die Gestattung des Feilbietens von Bier im Umherziehen, des Antrages Bayerns wegen Ausschließens der bayerischen Staatsbaubetriebe aus der Tiefbau-Versicherungsgesellschaft, des Entwurfs eines Gesetzes wegen Ergänzung des Gesetzes vom 2. Juni 1869 über die Kautionen der Bundesbeamten, des Gesekentwurfs, betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, und des Entwurfs neuer Bestimmungen über die Statistik der Krankenversicherung an die zuständigen Ausschüsse erklärte sich die Versammlung einverstanden. Endlich wurde beschlossen, der in der Bildung begriffenen Aktiengesellschaft für den Bau einer Anschluß-Eisenbahn zwischen dem Bahnhof Straußberg der tgl. preuß. Ostbahn und der Stadt Straußberg bis zum Betrage von 330 000 M. die Ausgabe von auf die Namen lautenden Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien im Nennwerthe von 500 M. zu gestatten.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Botschafters in Konstantinopel, von Adamowits, zum deutschen Botschafter in Spanien.

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge hätte der Justizminister bei den Landgerichtlichen Erhebungen über die voraussichtlichen Erfordernisse an Personal- und Gelbdaufwendungen für den Fall der Wiedereinführung der Berufung angeordnet.

Bezüglich der Petition um Einschränkung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe bemerkt die „N. A. Z.“ an leitender Stelle: Da die Bestimmungen über die Sonntagsruhe erst vor Kurzem Gesetzeskraft erlangt haben, kann weder die Menge noch die Art der gemachten Erfahrungen so beschaffen sein, daß sich ein Schritt rechtfertigen ließe, wie ihn die Petenten aus Köln und sonstigen Orten empfehlen möchten.

Die Nachricht des „B. T.“, betr. die bevorstehende Vermehrung der Loose der preussischen Klassen





